## Insolvenzstrafrecht

Bearbeitet von Prof. Dr. Gerhard Dannecker, Thomas Knierim, Dr. Andrea Hagemeier

2., neu bearbeitete Auflage 2011. Buch. 586 S. Kartoniert ISBN 978 3 8114 4455 3

Recht > Zivilverfahrensrecht, Berufsrecht, Insolvenzrecht > Insolvenzrecht, Unternehmenssanierung

schnell und portofrei erhältlich bei



Die Online-Fachbuchhandlung beck-shop.de ist spezialisiert auf Fachbücher, insbesondere Recht, Steuern und Wirtschaft. Im Sortiment finden Sie alle Medien (Bücher, Zeitschriften, CDs, eBooks, etc.) aller Verlage. Ergänzt wird das Programm durch Services wie Neuerscheinungsdienst oder Zusammenstellungen von Büchern zu Sonderpreisen. Der Shop führt mehr als 8 Millionen Produkte.

## Inhaltsverzeichnis

orwo	ort d	der Herausgeber	V
orwe	ort		VII
bkür	zun	gsverzeichnis	XXI
		Teil 1	
		Grundlagen	
A.	Eir	nführung	1
		deutung der Insolvenzentwicklung für die strafrechtliche Praxis	1
	1.	Allgemeiner Überblick zur Insolvenzentwicklung in Deutsch-	
		land	2
		Überblick über die einzelnen Insolvenzstraftaten	9
	3.	Kriminalstatistische Entwicklungen im Bereich des Insolvenz-	
		strafrechts	10
	4.	Praktische Bedeutung des Gläubigerschutzes durch das Insolvenz-	
		strafrecht	10
11.		storische Entwicklung, geschützte Rechtsgüter und Systematik des	1.1
		solvenzstrafrechts	11
	1.	Entwicklung des Konkurs-/Insolvenzstrafrechts auf nationaler	11
		Ebene	11
		a) Erstes Gesetz zur Bekämpfung der Wirtschaftskriminalität vom 29.7.1976 (1. WiKG)	11
		b) Alternativ-Entwurf "Straftaten gegen die Wirtschaft"	13
		c) Einführungsgesetz zur Insolvenzordnung vom 5.10.1994 und	13
		Gesetz zur Änderung des Einführungsgesetzes zur Insolvenz-	
		ordnung und anderer Gesetze vom 19.12.1998	13
		d) Gesetz zur Änderung der Insolvenzordnung und anderer Ge-	13
		setze vom 26.10.2001 und Gesetz zur Vereinfachung des In-	
		solvenzverfahrens vom 13.4.2007	14
		e) Gesetz zur Modernisierung des GmbH-Rechts und zur Be-	
		kämpfung von Missbräuchen	15
	2.	Entwicklung des Konkurs-/Insolvenzstrafrechts auf europäischer	
		Ebene	16
III.	Ge	schützte Rechtsgüter der Insolvenzdelikte	18
	1.	Schutz individueller Rechtsgüter	19
		Schutz überindividueller (sozialer) Rechtsgüter	23
	3.	8 8 8	
		Praxis	26

	Systematik der Insolvenzdelikte
V.	Sonderdelikte
	1. Schuldner
	2. Geschäftsführer und vertretungsberechtigte Gesellschafter
	3. Faktischer Geschäftsführer
	4. Teilnahme
B.	Grundbegriffe der Insolvenz
I.	Strafrechtlich relevante Begriffe und ihre Definition
	1. Krise als Oberbegriff
	2. Überschuldung
	a) Der insolvenzrechtliche Überschuldungsbegriff
	b) Der strafrechtliche Überschuldungsbegriff
	3. Zahlungsunfähigkeit
	a) Die insolvenzrechtliche Zahlungsunfähigkeit
	b) Der strafrechtliche Krisenbegriff der Zahlungsunfähigkeit
	4. Drohende Zahlungsunfähigkeit
	a) Der insolvenzrechtliche Begriff
	b) Das strafrechtliche Krisenmerkmal der drohenden Zahlungs-
	unfähigkeit
	5. Keine strikte Insolvenzrechtsakzessorietät der Krisenbegriffe des
	§ 283 StGB
II.	Umfeldbedingungen
	1. Markteinflüsse, Unternehmensfinanzierung, Sozialstruktur
	2. Gesellschafter und Gläubiger
	3. Auslandsinsolvenz
C.	Das Insolvenzverfahren
I.	Einführung
	1. Änderungen auf Grund des Gesetzes zur Vereinfachung des Insol-
	venzverfahrens
	2. Zulässigkeit, Voraussetzungen, Ablauf und Wirkungen eines In-
	solvenzverfahrens
	3. Strafrechtliche Konsequenzen der Eröffnung des Insolvenzverfah-
	rens
II.	Insolvenzgericht
	Insolvenzverwaltung
	1. Verwaltung und Verwertung
	a) Sicherung der Insolvenzmasse
	b) Entscheidung über die Verwertung
	c) Gegenstände mit Absonderungsrechten
	Befriedigung der Insolvenzgläubiger und Einstellung des Verfah-
	rens
	a) Feststellung der Forderungen

	b) Verteilung der Insolvenzmasse	5
	c) Einstellung des Insolvenzverfahrens	6
	3. Der Insolvenzverwalter als Erkenntnisquelle	6
IV.	Stellung der Gläubiger, insbesondere öffentlicher Stellen und der So-	
	zialversicherung	6
	1. Das Finanzamt als Gläubiger des Gemeinschuldners	6
	2. Sozialamt und Sozialversicherungsträger als Gläubiger eines	
	Schuldners	6
	a) Sozialamt und Sozialversicherungsträger als Gläubiger eines	
	Schuldners in der Insolvenz	6
	b) Das Sozialamt als Gläubiger eines Schuldners vor der Insol-	
	venz	6
	c) Der Sozialversicherungsträger als Gläubiger eines Schuldners	
	vor der Insolvenz	6
V.	Stellung des Schuldners im Insolvenzverfahren	$\epsilon$
	1. Verlust von Rechten	6
	2. Auferlegung von Pflichten	$\epsilon$
	a) Auskunftspflichten des Schuldners	7
	b) Mitwirkungspflichten des Schuldners	7
	c) Sonstige Pflichten des Schuldners	7
D.	Verzahnung von Insolvenzrecht und Insolvenzstrafrecht	7
I.	Normauslegung und Normausfüllung	7
	1. Blankettgesetzgebung	7
	2. Tatbestandliche Bestimmtheit	7
	3. Leichtfertige Begehungsweise/Berufsfahrlässigkeit im Wirt-	
	schaftsstrafrecht	7
II.	Wahrheitsermittlung und Selbstbelastungsfreiheit	8
	1. Selbstbelastungsfreiheit	8
	2. Beweisverbote	8
	a) Allgemein	8
	b) Besonderheiten im Insolvenzstrafrecht	8
	aa) Der Gemeinschuldnerbeschluss des Bundesverfassungs-	
	gerichts	8
	bb) § 97 Abs. 1 S. 3 InsO	8
	c) Beweisverwertungsverbote bei Urteilsabsprachen	8
Ш.	Sicherung der Masse durch Außenstehende, Eingriffe in die Unter-	
	nehmensorganisation	8
	1. Sicherung der Masse durch Außenstehende	8
	a) Bildung eines Gläubigerpools	8
	aa) Vom Poolvertrag im Allgemeinen und dem Sicherungs-	
	pool im Besonderen	8
	bb) Der Bankenpool	8

		(1) Grundlagen	88
		(2) Der krisengeborene Sanierungspool	88
		(3) Der krisengeborene Verwertungspool	90
		cc) Privat- und insolvenzrechtliche Gesichtspunkte	91
		dd) Resümee	92
		b) Einrichtung eines Gläubiger-Fonds	93
		c) Gründung von Auffang-, Sanierungs- oder Betriebsübernah-	,,,
		megesellschaften	94
	2.		95
IV.		aßnahmen zur Massesicherung und zur Befriedigung von	75
1 7 .		äubigern	95
		Insolvenzanfechtung	96
		Absonderung	97
		Aussonderung	97
v		Iswirkungen der Insolvenz auf die soziale Stellung des	)
٧.		andanten	98
	1.		98
	2.	-	99
	2. 3.		99
			99
Б		Versagung der Restschuldbefreiung	
		ozessuale Besonderheiten	101
1.		mittlungsanlässe	101
	1.		101
	2.		101
	3.		102
		a) Überlegungen im Vorfeld	102
		b) Inhalt	103
		c) Kein Missbrauch	104
		d) Konsequenzen	105
	4.	8	106
	5.	Zufallsfunde im Sinne von § 108 Abs. 1 StPO	106
	6.	8	108
II.		ntersuchungsspektrum	111
	1.	Auswertung von Betriebsprüfungen	111
	2.	Auswertung von Angaben im Insolvenzverfahren gemäß § 97	
		InsO	112
	3.	Zusammenarbeit der Ermittlungsbehörden mit anderen Institu-	
		tionen	113
		a) Zusammenarbeit mit öffentlichen Institutionen auf nationaler	
		Ebene	114
		aa) Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht	
		(RaFin)	114

		bb) Bundeszentralamt für Steuern
		cc) Informationszentrale für den Steuerfahndungsdienst beim
		Finanzamt Wiesbaden I, IZ-SteuFa
		dd) Bundesagentur für Arbeit (BfA)
		ee) Industrie- und Handelskammern (IHK)
		b) Zusammenarbeit mit privaten Institutionen auf nationaler
		Ebene
		aa) Telekommunikationsanbieter
		bb) Institutionen der freiwilligen Selbsthilfe
		(1) Deutscher Schutzverband gegen Wirtschaftskrimina-
		lität e. V. (DSW)
		(2) SCHUFA Holding AG
		(3) Verband der Vereine Creditreform e.V
		(4) Bundesverband der Verbraucherzentralen und Ver-
		braucherverbände
		c) Zusammenarbeit mit internationalen Organisationen
		aa) Europäisches Amt für Betrugsbekämpfung (OLAF)
		bb) Europäisches Justizielles Netz für Strafsachen (EJN)
		cc) Einheit für justizielle Zusammenarbeit der Europäischen
		Union (Eurojust)
		dd) Europäisches Polizeiamt (EUROPOL)
		ee) Wirtschaftsprüferkammer
	4.	8
		digten
	5.	Auswertung von Erkenntnissen aus der Vernehmung von
		Zeugen
		a) Auskunftsverweigerungsrecht eines Zeugen gemäß § 55
		StPO
		aa) Bei Vorliegen eines rechtskräftigen Urteils
		bb) Bei fehlender Rechtskraft bezüglich des Straf- bzw. sons-
		tigen Rechtsfolgenausspruchs
		cc) Bei Vorliegen eines rechtskräftigen Freispruchs
		b) Sachverhaltsaufklärung im Ermittlungsverfahren durch Frage-
		bögen an Zeugen
Ш.	Eiı	ngriffsbefugnisse
	1.	Durchsuchung und Beschlagnahme gemäß §§ 94 ff. StPO
		a) Durchsuchung und Beschlagnahme in Privatwohnungen
		b) Durchsuchung und Beschlagnahme in Geschäftsräumen
		aa) In §§ 52 ff. StPO bezeichnete Personen
		bb) Beschlagnahmefreie Gegenstände nach § 97 Abs. 1
		StPO
		cc) Ander-/Treuhandkonten

		dd)	Grenzen des Beschlagnahmeverbots	140
			(1) Der Zeugnisverweigerungsberechtigte wird zum Be-	1.40
			schuldigten	140
			(2) Teilnahmeverdacht	141
			(3) Buchhaltungs- und Geschäftsunterlagen als Tatwerk-	1.42
		`	zeuge nach § 97 StPO	143
			Beschlagnahme von Unterlagen beim Syndikusanwalt	145
		ff)	Entbindung von der Schweigepflicht	146
			(1) Entbindung durch das Geschäftsleitungsorgan der In-	1.46
			solvenzschuldnerin	146
			(2) Entbindung durch den Insolvenzverwalter	147
			(3) Entbindung durch den Insolvenzverwalter in Verbin-	
			dung mit dem beschuldigten Geschäftsführer einer	1.40
			GmbH	148
			(4) Stellungnahme	149
			(5) Faktische Geschäftsführung	150
			(6) Sonderfall: Beschlagnahme von Mandantenunterla-	4 7 0
			gen beim Berater	150
			(7) Belehrung	151
			Folgen des Beschlagnahmeverbots	151
			Beschlagnahme von Behördenakten (§ 96 StPO)	151
_	_	ii)	Teilnahme eines Wirtschaftsreferenten	152
2.			sicherung im EDV-Bereich	152
	a)		Rolle der EDV-Beweissicherung	153
	b)		rchsuchungen im EDV-Bereich	153
			Betroffene	153
			Inbetriebnahme von EDV-Anlagen	154
			Programmnutzung	155
			Umfang und Grenzen der Durchsuchungsbefugnisse	155
			Durchsuchungen mit Auslandsbezug	156
			Ausführung der Durchsuchung	156
			Durchsicht von Unterlagen	158
	c)	Bes	chlagnahme von Computerdaten	158
	d)		afprozessuale Mitwirkungspflichten	160
			Zeugenpflicht	160
			Editionspflicht (§ 95 StPO)	161
3.	Te		nüberwachung gemäß §§ 100a ff. StPO	162
	a)		wertbarkeit der Erkenntnisse aus der Telefonüberwachung	
			h Wegfall der Katalogtat	162
	b)		rhalt von zufällig im Rahmen einer Telefonüberwachung	
		erla	ngten Erkenntnissen gegenüber Dritten bei fehlender	
		Kat	alogtatalogtat	163

		c) Aktuelle Rechtsfragen	165
		d) Gesetz zur Neuregelung der Telekommunikationsüberwa-	
		chung und anderer verdeckter Ermittlungsmaßnahmen sowie	
		zur Umsetzung der Richtlinie 2006/24/EG	169
IV.	Bei	rücksichtigung von Verteidigungsinteressen, Pflichtverteidigung .	175
	1.	Stellung und Funktion des Verteidigers in Wirtschaftsstraf-	
		sachen	175
		a) Besonderheiten bei Wirtschaftsstrafsachen	175
		b) Sockelverteidigung	177
		c) Unternehmensvertretung	178
	2.	Recht zur Stellung von Beweisanträgen	179
		a) Inhalt des Beweisantrags	179
		b) Form des Beweisantrags	180
		c) Zeitpunkt der Antragstellung	180
		d) Beweisermittlungsantrag	180
		e) Ablehnungsbeschluss	181
		f) Präsente Beweismittel	181
	3.	Einzelfragen zur Akteneinsicht	182
		a) Rechte des Beschuldigten bei Versagung der Akteneinsicht im	
		Ermittlungsverfahren	182
		b) Das Recht zur Akteneinsicht im Ausgangsverfahren nach Ver-	
		fahrenstrennung	182
		c) Die Beschuldigtenanhörung vor Erteilung der Akteneinsicht	
		an den Verletzten	183
		d) Einsicht in sog. "Spurenakten"	184
		Besonderheiten der Pflichtverteidigung	185
V.		pernahme verfahrensfremder Ergebnisse	186
	1.	Private Ermittlungen des Geschädigten	186
		a) Inhalt	186
		b) Zulässigkeit und Grenzen	187
	_	c) Verwertbarkeit der Ergebnisse	189
	2.	Eigene Ermittlungen des Verteidigers	189
		Teil 2	
		Verteidigung in der Unternehmenskrise	
	T		101
		solvenzverschleppung	191
1.		nführung in die anwaltliche Beratung	191
	1.	Typische Beratungsthemen	191
		a) Strafrechtliche Situationsanalyse	191
	2	b) Prüfungsaufgaben des strafrechtlichen Beraters/Verteidigers .	194
	2.	Klärung der Unternehmenssituation	195

	3.	Beratung und Belehrung über die Pflichten der Unternehmens-	
		organe	19
		a) Gesetzliche Handlungspflichten	19
		aa) Pflichten der Geschäftsführungs- und Kontrollorgane	19
		bb) Faktischer Geschäftsführer, Strohmann	19
		cc) Mehrgliedrige Organe, Gesamtverantwortung	20
		dd) Gesellschafter	20
		b) Pflicht zum Krisenmanagement	20
		c) Sanierungspflicht	20
		d) Zahlungsverbot	20
		e) Insolvenzantragspflicht	20
	4.	Beginn und Ende der insolvenzrechtlichen Pflichten	20
II.	Str	rafbarkeit wegen Insolvenzverschleppung	20
	1.	Überblick	20
		a) Maßgebliche Strafnormen	20
		b) Historische Entwicklung	20
		c) Bedeutung, Schutzzweck	20
	2.	Insolvenzverschleppung, § 15a Abs. 4 InsO	20
		a) Insolvenzgrund	20
		b) Täter	20
		c) Insolvenzantragsfrist	21
		d) Subjektive Voraussetzungen	21
		e) Vollendung und Beendigung	21
		f) Rechtswidrigkeit	21
		g) Schuld	21
		h) Strafrahmen	21
		i) Verjährung	21
		j) Konkurrenzen	2
	3.	Verletzung der Anzeigepflicht bei halbem Kapitalverlust	2
		a) Tathandlung	21
		b) Subjektive Voraussetzungen	22
		c) Strafrahmen, Verjährung	22
		d) Prozessuales	22
	4.	Taten vor dem 1.11.2008	22
		a) GmbH	22
		aa) Bedeutung	22
		bb) Täterschaft und Teilnahme	22
		cc) Tathandlung	22
		dd) Weitere Tatbestandsmerkmale	22
		ee) Verjährung	22
		ff) Konkurrenzen	22
		h) Aktiengesellschaft Kommanditgesellschaft auf Aktien	2

		c) Genossenschaft	225
		d) Offene Handelsgesellschaft und GmbH & Co. KG	225
		e) Europäische Wirtschaftliche Interessenvereinigung	227
III.	Fir	rmenbestattungen	227
	1.	Praktische Bedeutung	227
	2.	Strafbarkeit	230
		a) Insolvenzverschleppung	230
		b) Eingehungsbetrug	231
		c) Untreue	232
		d) Beitragsvorenthaltung	232
		e) Bankrottdelikte	233
IV.	Au	ıslandsgesellschaften	233
	1.	Einführung	233
		a) Insolvenzverschleppung bei im Inland registrierten Gesell- schaften	233
		b) Insolvenzverschleppung bei im Ausland registrierten Gesell-	
		schaften	233
	2.	Zivilrechtliche Haftung	235
	3.	Strafrechtliche Verfolgung	236
		a) Freie Rechtsformwahl	236
		b) Anwendbarkeit deutscher Strafnormen	236
		c) Rechnungslegung	237
		d) Scheingesellschaften	237
V.	Du	urch das MoMiG eingeführte Neuregelungen	238
	1.	Unternehmergesellschaft	238
	2.	Kapitalaufbringung	238
	3.	Absicherung des Cash-Pooling	239
	4.	Änderungen des Eigenkapitalersatzrechts	240
	5.	Folgeänderungen im Insolvenzrecht	241
	6.	Amtsunfähigkeit von Vertretungsorganen	242
	7.	Registerpflicht, Firmenangaben	243
В.	Un	ntreue	243
I.	Eir	nführung in die anwaltliche Beratung	243
	1.	Haftungs- und Strafbarkeitsprobleme	243
	2.	Verteidigungsgrundlagen und -umfang	244
		a) Mandatsannahme und Verteidigungsauftrag	244
		b) Sachverhaltsklärung	245
		c) Rechtsbesorgung und Vertretung	246
		d) Beratung über Verhaltenspflichten	248
		e) Schutzpflichten des Anwaltes	250
II.	Str	rafbarkeit wegen Untreue	251
	1.	Allgemeines	251

	2.	Missbrauchstatbestand
		a) Wirksame Verfügungs- oder Verpflichtungsbefugnis
		b) Fremdes Vermögen
		c) Fremdnützige Vermögensbetreuungspflicht
		d) Tathandlung
		e) Einverständnis
		f) Kausalität
	3.	Treuebruchtatbestand
		a) Pflicht zur Wahrnehmung fremder Vermögensinteressen
		b) Qualifizierte Vermögensbetreuungspflicht
		c) Tathandlung
		d) Einverständnis
		e) Kausalität
	4.	Vermögensschaden
	••	a) Allgemeines
		b) Fallgruppen
	5.	Subjektive Tatseite
	٥.	a) Vorsatz
		b) Irrtum
	6.	Versuch, Vollendung, Beendigung
	7.	Täterschaft, Teilnahme
	8.	Strafantrag
	o. 9.	Konkurrenzen
тт		Rechtsfolgen
II.		Ilgruppen, Besonderheiten
	1.	Unterlassene Vermögensmehrung
	2.	(Schadensgleiche) Vermögensgefährdung
	3.	Haushalts-/Amtsuntreue
	4.	Schwarze Kassen
		Cash-Pooling im Konzern
	6.	Zuwendungen an Dritte
		a) Begriffsbildung, Fallgruppen
	_	b) Abgrenzung der Untreue zu Korruptionsdelikten
	7.	Risikogeschäfte
	8.	Existenzvernichtung
	9.	Marktstörungen
		a) Allgemeines, Bedeutung
		b) Strafrechtliche Aufarbeitung
		aa) Mitteilungen über die Geschäftslage
		bb) Untreue
C.	Be	trug
		nführung in die anwaltliche Beratung

	1.	Bedeutung	301
	2.	Verfahrensrechtliche Hinweise	302
II.	Lie	eferantenverträge	303
	1.	Bedeutung	303
	2.	Tatbestandsmäßiges Verhalten	303
		a) Täuschung über Tatsachen	304
		b) Täuschungsbedingter Irrtum	306
		c) Vermögensverfügung	307
		d) Vermögensschaden	307
		e) Subjektive Voraussetzungen	309
		f) Täterschaft, Zurechnung	309
		g) Vollendung und Beendigung	310
		h) Strafrahmen, Nebenfolgen	310
III.	Ur	nternehmensverkäufe	310
	1.	Grenzen der Vertragsfreiheit	310
	2.	Risikoverteilung bei ungewisser Tatsachengrundlage	311
	3.	Täuschungsrelevante Erklärung über Tatsachen	312
	4.	Irrtum und Kausalität	314
	5.	Vermögensschaden	314
	6.	Vollendung	315
D.	Ins	solvenzdelikte im weiteren Sinne	315
I.	Fi	nanzierung geschäftlicher Aktivitäten	315
	1.	Bedeutung	315
	2.	Subventionsbetrug, § 264 StGB	315
		a) Einführung	315
		b) Tatbestandsvoraussetzungen	316
		c) Täterschaft und Teilnahme	318
		d) Tathandlungen	318
		e) Strafverfolgung	320
	3.	Versicherungsmissbrauch, § 265 StGB	321
		a) Einführung	321
		b) Tatbestand	322
	4.	Kreditbetrug, § 265b StGB	323
		a) Einführung	323
		b) Beteiligte am Finanzierungsgeschäft	325
		c) Falsche schriftliche Angaben für einen Kreditvertrag	326
		d) Kausalität	327
		e) Täterschaft und Teilnahme	327
		f) Schutzzweck der Norm	328
		g) Versuch, tätige Reue	328
		h) Konkurrenz zu § 263 StGB	328
	5.	(Kredit-)Betrug, § 263 StGB	328

		a) Täuschung über Tatsachen	329
		b) Täuschungsbedingter Irrtum	330
		c) Vermögensverfügung und Vermögensschaden	331
		d) Subjektive Voraussetzungen	333
		e) Versuch, Vollendung	334
		f) Besonders schwerer Fall	335
		g) Täterschaft und Teilnahme	335
	6.	Steuerhinterziehung in der Unternehmenskrise	336
		a) Steuerliche Pflichten	336
		b) Strafbarkeit	336
II.	Be	eiträge zur Sozialversicherung	337
	1.	Bedeutung und historische Entwicklung	337
	2.	Sozialrechtliche Arbeitgeberpflichten	338
		a) Arbeitgeber als Schuldner der Sozialversicherungsbeiträge	338
		b) Schadensersatzhaftung	339
		c) Einwilligung oder Weisungen des Gesellschafters	340
	3.	Insolvenzanfechtung	341
	4.	Straftatbestand des § 266a StGB	342
		a) Arbeitgeber als Täter von § 266a Abs. 1–3 StGB	342
		b) Arbeitnehmer als Beteiligte von § 266a Absätze 1–3 StGB	343
		c) Beiträge zur Sozialversicherung als Tatmittel	344
		d) Nichtabführen von Arbeitnehmerbeiträgen	345
		e) Unmöglichkeit der Zahlung	346
		f) Nichtabführen von Arbeitgeberbeiträgen	348
		aa) Unrichtige Mitteilungen des Arbeitgebers über die Versi-	
		cherungsschuld	348
		bb) Unterlassen von Mitteilungen	349
		g) Sonstige Lohneinbehalte	349
		h) Vorsatz	350
		i) Versuch, Vollendung, Beendigung	351
		j) Besonders schwerer Fall	351
		k) Selbstanzeige, persönliche Straffreiheit	351
		l) Konkurrenzen	352
III.		ereitelung des Gläubigerzugriffs	354
	1.	8	354
		a) Allgemeines	354
		b) Begünstigter	354
		c) Drohende Zwangsvollstreckung	355
		d) Vereitelte Vollstreckungshandlungen	355
		e) Veräußerung von Pfandgegenständen	356
		f) Vorsatz	356
		σ) Teilnahme	357

		h)	Absolutes Antragsdelikt	357
		i)	Konkurrenzen	357
	2.	Pfa	andkehr gemäß § 289 StGB	358
		a)	Schutzzweck	358
		b)	Begünstigter	358
		c)	Taterfolg	359
		d)	Vorsatz	359
		e)	Teilnahme, Versuch	359
		f)	Absolutes Antragsdelikt	359
IV.	Un		ntige Erklärungen zur Geschäfts- und Vermögenslage	360
	1.	Fa	lsche Abgabe einer eidesstattlichen Versicherung,	
			156 StGB	360
			Schutzzweck	360
			Tatbestandsmäßiges Handeln	360
	2.	Ur	nrichtige Registermitteilungen	361
		a)	2	361
		b)	Aufbau der Straftatbestände	362
		c)		363
			Haftung	364
		e)	e	364
			aa) Aktienrecht	364
			bb) GmbH-Recht	365
		f)	Öffentliche Ankündigungen	368
		g)	1 0	368
			aa) Aktienrecht	368
			bb) GmbH-Recht	369
		h)		370
		i)	Mitteilungen des Abwicklers	370
		j)	Statusmitteilungen, insbes. Bestellungsverbot	370
			Teil 3	
			Verteidigung im Insolvenzstadium	
	C -1	l t		277
			ilerungen der Masse (§ 283 Abs. 1 Nrn. 1–4 StGB)	373
1.			ngseinstellung oder Eröffnung oder Ablehnung des Insolvenz-	277
тт			rens als objektive Strafbarkeitsbedingung	373
П.			nmenhang zwischen Bankrotthandlung, Krise und objektiver	27
ш			arkeitsbedingung	374
ш.			trächtigung von Vermögensbestandteilen gemäß § 283 Abs. 1 StGB	277
			StGBrafrechtliche Organ- und Vertreterhaftung nach § 14 StGB	377 377
			ermögensbestandteile als taugliche Tatobjekte	379
	۷.		Sachen, Rechte und Ansprüche	379
		$\alpha_{j}$	Daenen, recinc una Anspiache	217

	b) Immaterielle und sonstige Vermögensrechte	380	
	c) Belastete Vermögensteile	383	
	3. Beiseiteschaffen	383	
	4. Verheimlichung	384	
	5. Zerstörung, Beschädigung, Unbrauchbarmachen	385	
IV.	Spekulationsgeschäfte und unwirtschaftliche Ausgaben gemäß § 283		
	Abs. 1 Nr. 2 StGB	386	
	1. Verlust-, Spekulations- und Differenzgeschäfte	386	
	2. Unwirtschaftliche Ausgaben, Spiel und Wette	388	
V.	Waren- und Wertpapierverschleuderung gemäß § 283		
	Abs. 1 Nr. 3 StGB	390	
	1. Kreditierte Waren und Wertpapiere als taugliche Tatobjekte	39	
	2. Veräußerung unter Verstoß gegen den Wirtschaftlichkeits-		
	grundsatz	39	
VI.	Vortäuschen von Rechten Dritter und Anerkennung fremder Rechte		
	(Scheingeschäfte) gemäß § 283 Abs. 1 Nr. 4 StGB	39	
	1. Rechte als taugliche Tatobjekte	39	
	2. Vortäuschung oder Anerkennung	39	
B.	Veränderung der Aufzeichnungen, § 283 Abs. 1 Nrn. 5–7 StGB	39	
I.	Überblick	39	
II.	Verletzung der Buchführungspflicht gemäß § 283		
	Abs. 1 Nr. 5 StGB		
	1. Verpflichtung zum Führen von Handelsbüchern	39	
	a) Handelsbücher als Tatobjekte	39	
	b) Buchführungspflicht	39	
	2. Unterlassung der Buchführung	39	
	3. Mangelhafte Buchführung	40	
	4. Unmöglichkeit der Handlungspflichterfüllung	40	
III.	Unterdrücken von Handelsbüchern gemäß § 283 Abs. 1 Nr. 6 StGB .	40	
	1. Handelsbücher und sonstige Unterlagen als taugliche		
	Tatobjekte	40	
	2. Tatbestandliche Beeinträchtigungshandlungen	40	
	3. Erschwerung der Übersicht über den eigenen Vermögensstand	40	
IV.	Verletzung der Bilanzierungspflicht gemäß § 283		
	Abs. 1 Nr. 7 StGB	40	
	1. Mangelhaftigkeit der Bilanzaufstellung	40	
	a) Bilanzbegriff	40	
	b) Mangelhaftigkeit	40	
	2. Unterlassung einer rechtzeitigen Bilanz- und Inventarauf-		
	stellung	40	
	a) Bilanzen und Inventare	40	
	b) Tathandlung	40	

C.	Sonstige Veranderungen, § 283 Abs. 1 Nr. 8 StGB
	Verringerung des Vermögensstandes gemäß § 283 Abs. 1 Nr. 8,
	1. Alt. StGB
II.	Verheimlichen oder Verschleiern der wirtschaftlichen Verhältnisse
	gemäß § 283 Abs. 1 Nr. 8, 2. Alt. StGB
D.	Herbeiführung der wirtschaftlichen Krise, § 283 Abs. 2 StGB
E.	Verletzung der Buchführungspflicht, § 283b StGB
F.	Besonders schwere Fälle, § 283a StGB
	Handeln aus Gewinnsucht (Nr. 1)
	Gefährdung vieler Personen (Nr. 2)
	1. Gefahr des Vermögensverlustes (1. Alt.)
	2. Wirtschaftliche Not des Opfers (2. Alt.)
III.	Sonstige besonders schwere Fälle
	Gläubigerbegünstigung (§ 283c StGB)
	Schuldnerbegünstigung (§ 283d StGB)
11.	Schuldheroegansugung (§ 2004 StOD)
	Teil 4
v	erteidigung von professionell an Sanierung und Insolvenz Beteiligten
	Einführung
	Aufgaben des Verteidigers
1.	· · · · · · · · · · · · · · · · · · ·
	1. Verlagerung des Schwerpunktes und der Interessen
	2. Mandatsübernahme und Erstberatung
	3. Pflichten des Verteidigers
	4. Vorgehen und Weisungen des Mandanten
	5. Aufklärung über die Kosten
II.	
	1. Gläubigerstreitigkeiten
	2. Insolvenzverwalterstreitigkeiten
	3. Schuldnerstreitigkeiten
B.	Insolvenzverwalter
I.	
	1. Endgültiger Insolvenzverwalter
	a) Begriff, Aufgaben
	b) Kompetenzen und Verantwortung
	c) Beendigung der Stellung des Insolvenzverwalters
	d) Haftung für Masseunzulänglichkeit
	e) Schuldhafte Verletzung von Verwalterpflichten
	f) Vorwerfbare Verletzung von Berufspflichten
	,
	2. "Starker" vorläufiger Insolvenzverwalter
	a) Begriff, Aufgaben
	b) Verantwortung und Haftung
	3. "Schwacher" vorläufiger Verwalter

		a) Begriff, Aufgaben
		b) Verantwortung und Haftung
	4.	"Halbstarker" Insolvenzverwalter
	5.	Insolvenzverwalter als Doppel-Treuhänder
II.	Str	rafrechtliche Verantwortung des Insolvenzverwalters
	1.	Täterschaft und Teilnahme
		a) Ursprung und Konsequenzen der strafrechtlichen Verantwort-
		lichkeit des Insolvenzverwalters
		b) Starker und schwacher vorläufiger Insolvenzverwalter
		c) Eigeninitiative des Insolvenzverwalters
		d) Verantwortung für den Einsatz von Hilfskräften
	2.	Strafbare Grenzen der Betriebsfortführung
	3.	Strafbarkeit des Insolvenzverwalters wegen Geheimnisverrats
		a) Geheimnisbegriff
		b) Aufgabe und Verantwortung des Insolvenzverwalters zum
		Geheimnisschutz
		c) (Kein) Schutz der Insolvenzverwaltergeheimnisse im Straf-
		verfahren
	4.	Strafbare Teilhabe an Vortaten des Insolvenzschuldners
		a) Begünstigung
		b) Strafvereitelung
		c) Geldwäsche
	5.	Strafbarkeit wegen Betruges
		a) Warengeschäfte ohne Erfüllungsabsicht
		b) Unrichtige Honorarabrechnungen
	6.	
		a) Verfolgbarkeit des Insolvenzverwalters
		b) Treuepflichten eines Insolvenzverwalters
		c) Tathandlungen eines Insolvenzverwalters
		d) Vermögensnachteil
		e) Einverständnis
		f) Beendigung der Treuepflicht
		g) Beispiel: Anderkontenfall
		Strafbarkeit unrichtiger Buchführung und Bilanzierung
	8. Strafbarkeit verspäteter oder unterlassener Beitragsvorent-	
		haltung
		a) Nichtabführung fälliger Beiträge zur Sozialversicherung
		b) Finanzierung der Sozialversicherungsbeiträge
II.	Str	rafbarkeit des Sachwalters
C.	Sa	nierungsberatung
I.	Üb	perblick
	1	Sanierungsberatung

		a) Begriff, Rechtsnatur	474
		b) Aufgabe, Mindestanforderungen	475
		c) Aufklärungs-, Beratungs- und Hinweispflichten	475
	2.	Konflikte zwischen Sanierungspflicht und Insolvenzantrags-	
		pflicht	47
		a) Ausgangslage, Motivation	47
		b) Einzelkaufmännische Unternehmen	479
		c) Personengesellschaften	480
		d) Kapitalgesellschaften	480
II.	Str	rafrechtliche Verantwortung des Sanierungsberaters	48
		Bankrottstraftaten durch Sanierungsmodelle	48
		a) Freie Sanierung	48
		b) Übertragende Sanierung im Auffang-Modell	48
		c) Gründung einer reinen Sanierungsgesellschaft zu Finanzie-	
		rungszwecken	48
		d) Übertragung von Assets (Betriebsaufspaltung)	48
		e) Konkurrenz zum Altbetrieb	48
	2.	Bankrottstraftaten zugunsten von Gläubigerpools/Gläubiger-	
		fonds	48
		a) Gläubigerpool	48
		b) Gläubigerfonds	48
	3.	Strafbarkeit eines Liquidators	48
	4.	Beihilfe zu Bankrott und Untreue	48
D.	Fir	nanzierungen	48
		perblick	48
	1.	Interessenlage	48
	2.	Sanierungskredite	48
	3.	Eingriff in die Übernahme der Geschäftsführung	49
	4.	Übernahme der Gesellschafterstellung	49
	5.	Haftung für Besserstellung	49
	6.	Haftung für öffentliche Äußerungen über die Kreditwürdigkeit	49
	7.	Kreditgeschäfte im Insolvenzeröffnungsverfahren	49
	8.	Haftung für pflichtwidrige Anlageempfehlungen	49
		a) Haftung für fehlerhafte Information und Aufklärung	49
		b) Wissensvorsprung	49
		c) Überschreiten der Rolle der Kreditgeberin	49
		d) Schaffung eines "besonderen Gefährdungstatbestandes"	50
		e) Schwerwiegender Interessenkonflikt der Bank	50
		f) Haftung für das Handeln von Anlagevermittlern	50
II.	Str	rafrechtliche Verantwortung	50
	1.		50
	2	Stille Geschäftsinhaberschaft	50

## Inhaltsverzeichnis

3. Betrug	503
4. Gläubiger-/Schuldnerbegünstigung	504
E. Hilfeleistungen in Rechts- und Steuerfragen	505
I. Rechtsberatung	505
Interessenlage und Rechtsnatur	505
a) Grundsätzliche Pflichten	505
b) Sachverhaltsklärung	506
c) Rechtsklärung	507
d) Würdigung und Beratung des Mandanten	507
e) Schadensvermeidung	508
2. Zivilrechtliche Haftung	509
II. Steuerberatung, Wirtschaftsprüfung	511
Interessenlage und Rechtsnatur	511
2. Haftung und Verantwortung	512
III. Strafrechtliche Verantwortung	513
1. Beihilfe durch "berufstypische Handlungen" im Strafrecht	513
a) Rechtsprechungsgrundsätze	513
b) Begründungs- und Abgrenzungsansätze in der Literatur	514
c) Eignung der juristisch/steuerberatenden Arbeit	515
d) Doppelstufige Prüfung zur Annahme oder zum Ausschluss	
einer Strafbarkeit	515
2. Anstiftung	517
Literaturverzeichnis	519
Stichwortverzeichnis	525